

Die Beschaffung braucht eine Zeitenwende

Dr. Reinhard Brandl MdB, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Mitglied im Ausschuss für Digitales und im Verteidigungsausschuss sowie im Gremium „Sondervermögen Bundeswehr“

Am 27. Februar 2022 hat Bundeskanzler Olaf Scholz im Deutschen Bundestag die Zeitenwende erklärt. Nach einigen Wochen der Aufbruchsstimmung ist bei der Bundeswehr in der Zwischenzeit wieder Ernüchterung eingetreten. Es gibt zwar nun ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro und ein Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz(chen), aber darüber hinaus ist nicht viel passiert. Die Beschaffungsstrukturen sind weitgehend unverändert auf ewigen Frieden ausgerichtet. Überspitzt gesagt: Die Angst vor dem Bundesrechnungshof ist größer als die vor Russland. Der neue Bundesverteidigungsminister hat jetzt noch eine kurze Chance für einen Neustart im Beschaffungswesen. In der zweiten Hälfte der Legislaturperiode werden erfahrungsgemäß keine großen strukturellen Weichen mehr gestellt.

Bei diesem Vorhaben hätte Boris Pistorius die Mehrzahl der Soldatinnen und Soldaten hinter sich. Viele schütteln nur noch den Kopf über die Schwerfälligkeit des Apparates und wie er sich selbst mit seinen eigenen Vorschriften lähmt. Die Verantwortung dafür liegt nicht bei den handelnden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie sind in ein System gezwungen, das bei Vergaben vor allem die Rechtssicherheit des Prozesses in den Vordergrund stellt. Darin sind sie sehr gut. Das zeigt sich auch daran, dass die Rügen der Industrie regelmäßig ins Leere laufen. Für die Öffentlichkeit in Deutschland ist es auch kein Skandal mehr, wenn ein Projekt länger dauert oder teurer wird. Das ist – zumindest gefühlt – die Normalität. Aber wehe eine Vergabe ist nicht vorschriftsgemäß erfolgt, dann ist, wie in der letzten Legislaturperiode geschehen, das Parlament sogar bereit einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Die bleibenden Folgen sind zusätzliche Prüfinstanzen, die rechtliche und politische Vergaberisiken weiter reduzieren und Verantwortung verteilen. Das ist kein Plädoyer für freihändige Vergaben nach dem

Gutdünken von Einzelpersonen. Fairer Wettbewerb und die Rechtssicherheit von Entscheidungen sind wichtige Ziele, aber sie müssen erreicht werden, ohne das Ziel „Zeit“ zu torpedieren. Denn die läuft der Bundeswehr nämlich gerade davon.

Mit der aktuellen Beschaffungsstruktur und den dahinterliegenden Prozessen kann die Bundeswehr das notwendige Material nicht zeitgerecht beschaffen. Das liegt nicht an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Diese sind hochmotiviert, ihren Beitrag zur Umsetzung der Zeitenwende zu leisten. Das BAAINBw war jedoch bereits vor den 100 Milliarden Euro vollkommen überlastet. Es ist naiv zu glauben, dass einfach nur sehr viel mehr Geld allein dort zu schnelleren Ergebnissen führt. Ohne strukturelle Reformen in der Beschaffungsorganisation fährt die Zeitenwende mit Vollgas in Richtung Wand. Ich halte es für unverantwortlich, dies politisch totzuschweigen. Man schadet damit der Bundeswehr und dem Ansehen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAAINBw, die öffentlich als Sündenböcke herhalten müssen.

Die naheliegendste Reform wäre, die Großprojekte des Sondervermögens in eine eigene Organisation mit agileren Prozessen auszugliedern. Die Projektleiter dort bräuchten dann mehr eigene Entscheidungskompetenz und müssten näher an der Leitung angesiedelt sein, um im Bedarfsfall schnell eskalieren zu können. Mit einem solchen Ansatz würde man das BAAINBw zum einen entlasten und würde zum anderen verhindern, dass es sich durch endlose interne Diskussionen über Organisationsmaßnahmen selbst lähmt.

Ein weiterer Vorteil einer solchen Trennung wäre, dass der Verteidigungshaushalt wieder transparenter und damit die strukturelle Unterfinanzierung der Truppe sichtbar würde. Die Bundeswehr bräuchte alleine mindestens eine Milliarde Euro jährlich zusätzlich,

Foto: Bundeswehr



Dr. Brandl im Gespräch mit einem Soldaten

um Personalkostensteigerungen und Inflation abzufedern. Die mittelfristige Finanzplanung verharrt aber auf dem jetzigen Niveau. Es gibt zwar jedes Jahr für das jeweils folgende Jahr mehr Geld, aber das ist nicht (be)planbar. Das BMVg verschafft sich jetzt Spielraum im Verteidigungshaushalt, indem es Verträge, die bereits in der letzten Legislaturperiode geschlossen wurden und für die es schon einmal Geld vom Bundesministerium für Finanzen bekommen hat, einfach in das Sondervermögen schiebt und so zum zweiten Mal finanzieren lässt. Damit schwimmt die Grenze zwischen Kernhaushalt und Sondervermögen. Man kommt mit diesen Haushaltstricks zwar kurzfristig über die Runden, aber langfristig tut man der Bundeswehr damit keinen Gefallen. Sie bräuchte zur Erfüllung ihrer Aufgaben und zur Erreichung des 2-Prozent-Ziels ein in der mittelfristigen Finanzplanung abgesichertes Wachstum von mindestens fünf Milliarden Euro jährlich. Eine echte Zeitenwende bräuchte eine solche Zusage vom Bundeskanzler. Das müsste der neue Bundesverteidigungsminister jetzt ganz schnell einfordern.